

Rheinfelder Montagsdemo



**Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,
ich begrüße Euch zur 412. Montagsdemonstration!**



Bedrohliche Auswirkungen der europäischen Krisenprogramme auf Gesundheit und Leben

(Irene eröffnet die - Montagsdemo am 08.04.2013)

Prof. Martin McKee von der London School of Hygiene and Tropical Medicine veröffentlichte zusammen mit Kollegen in der medizinischen Fachzeitschrift „Lancet“ mehrere Artikel über bedrohliche gesundheitliche Auswirkungen der Krisenabwägungsprogramme in Europa.

Die Gesundheit breiter Bevölkerungsschichten werde durch die anhaltende Weltwirtschafts- und Finanzkrise mehr in Mitleidenschaft gezogen als die Wirtschaft.

Viele Menschen können sich angesichts steigender Arbeitslosigkeit und tiefer Haushaltseinschnitte nicht mehr leisten, zum Arzt zu gehen oder Medikamente zu kaufen. In den am meisten betroffenen Ländern wie in Griechenland kämpfen Krankenhäuser darum, elementare Mindeststandards zu halten.

Das Verhalten der EU-Kommission und der Regierungen von Deutschland und Frankreich, die diese Auswirkungen hartnäckig leugnen, vergleicht McKee mit den Verschleierungsmanövern der Tabakindustrie bezüglich der schädlichen Folgen des Rauchens.

Zynisch berufen sich „Experten“ von Troika, IWF und der Regierungen der großen EU-Länder auf Studien, wonach die Menschen gesundheitlich von Wirtschaftskrisen profitieren.

Es gäbe z.B. weniger Verkehrsunfälle, wenn der Handel Schwächen aufweise und sich viele das teure Benzin nicht mehr leisten können, und die Leute schliefen mehr, wenn sie keine Arbeit haben.

Selbst in Deutschland sinkt die durchschnittliche Lebenserwartung unter der ärmeren Bevölkerung bereits. Während auch Geringverdiener noch 2001 im Durchschnitt 12,5 Jahre als Rentnerinnen und Rentner lebten, waren dies 2010 nur noch 10,5 Jahre.

Seit dem Jahr 2007 war die Zahl der Menschen, die sich das Leben nahmen, in Europa immer geringer geworden. Jetzt steigt die Suizid-Rate wieder an, am stärksten in Griechenland.

„Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht von einem verzweifelten Händler oder sonstigen Kleinunternehmer erfahren, der keinen anderen Ausweg mehr wusste, als sich das Leben zu nehmen“, sagte ein Arzt im Fernsehbericht über das griechische Gesundheitswesen.

Infektionskrankheiten wie Aids und Malaria, die in Europa eingedämmt waren, brechen in Griechenland wieder massiv aus. Der Blutspendedienst des Schweizerischen Roten Kreuzes liefert wegen zu spät geleisteter Zahlungen weniger Blutprodukte an Griechenland.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz

Rheinfelder Montagsdemo



Die Versorgung von Patienten, die nach einem Unfall oder einer Operation auf Blutkonserven angewiesen sind, ist katastrophal.

Zu den Bedingungen der sogenannten Rettungspakete, mit denen die EU-Imperialisten auf Kosten der Massen in Europa ihren Platz im weltweiten Konkurrenzkampf sichern wollen, gehört, dass Griechen ohne Krankenversicherung all ihre Kosten für gesundheitliche Versorgung selbst zahlen müssen.

Nach einem Jahr ohne Arbeit verliert man die Krankenversicherung. Offiziell liegt die Arbeitslosenquote derzeit bei 26,4 Prozent. Schon jetzt hat die Hälfte der arbeitslosen Griechinnen und Griechen keine Krankenversicherung mehr.

Kiparisia Karatzidou, Oberärztin im Papageorgiou-Krankenhaus in Thessaloniki: „Ich erlebe immer mehr Patienten, die keine Krankenversicherung mehr haben und erst zu uns kommen, wenn sie keinen anderen Ausweg mehr sehen oder ihre Krankheit schon zu weit fortgeschritten ist. Etwa Asthma-, Zucker- oder Krebskranke.

Unter ihnen auch viele verängstigte Mütter mit ihren Kindern. Wäre dieser Job nicht zu meiner täglichen Routine geworden, würde ich losheulen. Aber das erspare ich Ihnen“ (Süddeutsche Zeitung vom 28. März 2013).

Während die öffentlichen Gesundheitsausgaben in Griechenland im Jahr 2009 noch 14 Milliarden betragen, lagen sie im Jahr 2012 nur noch bei 9,5 Milliarden. In diesem Jahr sollen sie auf Druck der Troika noch einmal gesenkt werden. Dies feiern EU-Kommission und Merkel-Regierung als Erfolg!

Für die Arbeiter- und Volksbewegung in Europa sind dies weitere schwerwiegende Argumente dafür, mit aller Kraft auf einen länderübergreifenden gemeinsamen Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten hinzuarbeiten.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz